

STADT WEITERSTADT - RIEDBAHNSTRASSE 6 - 64331 WEITERSTADT

Herrn Bundesminister Alexander Dobrindt Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur Invalidenstr. 44 10115 Berlin

Bürgermeister Ralf Möller

2 06150/400-0 **3** 06150/400-1009

Riedbahnstraße 6 64331 Weiterstadt Zimmer-Nr. 618

http://www.weiterstadt.de ralf.moeller@weiterstadt.de

Durchwahl: 06150/400-1002

Sprechzeiten:

MO - FR 08.00 - 12.00 Uhr MI 14.00 - 18.00 Uhr

24. Juli 2015

Korridorstudie zur Anbindung der bestehenden Güterverkehrstrasse an die geplante ICE-Neubaustrecke

Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weiterstadt

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dobrindt,

der Hessische Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir hat in seiner Stellungnahme des Landes Hessen an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Studie "Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den gesamten Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse – Rhein/Main – Rhein/Neckar – Karlsruhe" (Korridorstudie) vom 19. Juni 2015 von einem Konsens des Landes Hessen gemeinsam mit der Region ausgehend u.a. unter Punkt II. (Zentralund Südkorridor) Nr.3 auch um die ergänzende Prüfung einer Anbindung der Strecke Mainz – Darmstadt an die Neubaustrecke über eine enge nördlich von Weiterstadt geführte Kurve (Variante 5a) sowie eine Untertunnelung (Variante 5b) gebeten.

Die aktuelle Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weiterstadt veranlasst mich Ihnen mitzuteilen, dass wir diesen angeblichen Konsens nicht teilen:

Grundsatzbeschlüsse vom 23. April 2015:

"In der Bewältigung des Zielkonflikts Lärmschutz versus Vollanbindung des Hauptbahnhofs Darmstadt hat der Lärmschutz der eigenen Bevölkerung höchste Priorität. Somit ist die Variante 2 (Klein-Gerauer Spange) das eindeutige Verhandlungsziel bei allen weiteren Gesprächen."

Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt Konto-Nummer: 548200 Bankleitzahl 508 501 50

IBAN: DE86508501500000548200

BIC: HELA DE F1 DAS

Grundsatzbeschluss vom 25. Juni 2015:

"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weiterstadt lehnt die Varianten 5a und 5b der Korridorstudie zur Anbindung der bestehenden Güterverkehrstrasse an die geplante ICE-Neubaustrecke wegen erheblicher Umweltbelastungen für die Bevölkerung und der Zerschneidung der Landschaftsräume grundsätzlich ab."

Ferner haben sämtliche südhessischen Landräte, der Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt sowie die Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Darmstadt das Positionspapier "ICE-Neubaustrecke Rhein/Main- Rhein/Neckar, Position der Region Darmstadt Rhein Main Neckar" abgestimmt und Herrn Staatsminister Al-Wazir im Dezember vergangenen Jahres überreicht. Diese Position war Grundlage der Beschlussfassung der beteiligten Kommunen. Hierin wird unter Ziffer 2, Satz 5 unzweifelhaft beschrieben:

"Über den Bau einer Verbindungskurve in enger Bündelung zur A67 kann der Güterverkehr aus Mainz kommend auf die Neubaustrecke geleitet werden." (Variante 2)

Weiterhin befindet sich aktuell eine Resolution der Stadtverordnetenversammlung Weiterstadt mit ähnlichem Inhalt in der Beratung des Fachausschusses. Aufgrund der Sommerpause ist jedoch mit einer Beschlussfassung nicht vor September 2015 zu rechnen.

In diesem Zusammenhang bitte ich Sie zu beachten, dass unsere Stadt die durch Lärm am meisten belastete Kommune im gesamten Landkreis Darmstadt-Dieburg ist. Neben dem Lärm der BAB 5, der B42, der bestehenden Bahntrasse, dem Fluglärm der Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens und des Flugplatzes Egelsbach soll möglicherweise in Zukunft auch noch die Belastung der Neubaustrecke für den Mischverkehr (Frankfurt – Mannheim) und eine Anbindung der Bestandsstrecke Mainz-Aschaffenburg an die Neubaustrecke, insbesondere nachts, auf die Bevölkerung unserer Stadt einwirken.

Um die Bevölkerung angemessen zu schützen, ist aus meiner Sicht bei der Planung der Neubaustrecke die Gesamtbelastung aus Zug- und Autobahnverkehr zu berücksichtigen. Dies kann beispielsweise durch den Bau eines Walls westlich der Autobahn erfolgen.

Ich gehe davon aus, dass Weiterstadt eine Prüfung der ungewollten Varianten nicht mehr verhindern kann. In diesem Zusammenhang bitte ich wenigstens durchgehende, lückenlose Lärmschutzmaßnahmen beginnend vom westlichen Ortsrand Braunshardts bis hin zum östlichen Stadtrand Weiterstadts und ein Abrücken der Bestandsstrecke in enger Bündelung mit der Ausschleifung verbindlich in der Planung zu prüfen.

Darüber hinaus bitte ich Sie im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung Weiterstadt im Rahmen einer Informationsveranstaltung die Bevölkerung sowie die politischen Gremien zeitnah über die Planungen zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Möller Bürgermeister